

AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH

Moeringgasse 10 1150 Wien

T: +43 1 78008 F: +43 1 78008-44 office@amnesty.at www.amnesty.at

SPENDENKONTO 316326 BLZ 20111 Erste Bank

IBAN: AT142011100000316326 BIC: GIBAATWWXXX

DVR: 460028 ZVR: 407408993

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Herrn
Bundespräsident
Dr. Heinz Fischer
Hofburg, Ballhausplatz
1010 Wien

Wien, am 12. Mai 2016

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

am 27. April hat das Parlament gravierende Änderungen im österreichischen Asylrecht beschlossen, durch die das Recht auf Asyl de facto abgeschafft wird. Die in den Änderungen enthaltene „Notverordnungsermächtigung“ steht für Amnesty International mit menschenrechtlichen, verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Standards in krassem Widerspruch.

Als Bundespräsident haben Sie bei Staatsbesuchen stets kritisch und mutig Menschenrechtsverletzungen angesprochen. Gleich ob im Iran, in China oder in Russland, Sie sind immer konsequent für Menschenrechte eingetreten. Jetzt geht es um die menschenrechtliche Verantwortung Österreichs. Und es geht darum, klarzustellen, dass das Menschenrecht auf Asyl eine stolze Errungenschaft und keine lästige Pflichtübung ist.

In Ihren Worten: „Schämen muss man sich für mangelnde Hilfsbereitschaft, oder für Feindseligkeit gegenüber Menschen in Not aus anderen Ländern und Kulturen und ganz besonders für den Versuch, aus der Not von Menschen politisches Kapital zu schlagen!“

Die beschlossene Asylnovelle widerspricht offenkundig den Vorgaben und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des österreichischen Verfassungsgerichtshofes. Die Neuerungen werden verhindern, dass Menschen auf der Flucht überhaupt Zugang zum Recht erlangen. Darüber hinaus stellt die geplante Maßnahmenbeschwerde ohne aufschiebende Wirkung kein effektives Rechtsmittel im Sinne von Art 3 iVm Art 13 EMRK dar und verletzt damit eindeutig menschenrechtliche und verfassungsrechtliche Bestimmungen.

Es liegt jetzt an Ihnen zu verhindern, dass dieses evident verfassungs- und menschenrechtlichen Standards widersprechende Gesetz in Kraft tritt. Wir ersuchen Sie eindringlich dieses Gesetz nicht zu unterzeichnen. Bitte machen Sie Unrecht nicht zu Recht.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Patzelt, Generalsekretär Amnesty International Österreich